

# Inhalt

Abkürzungen .....	XVIII
§ 1: Einleitung .....	1
I. Das Theoriedefizit im Anwendungsbereich der Abänderungsklage ..	1
1. Die gemeinrechtliche Theorie und Praxis .....	1
2. Theorie und Praxis heute .....	3
3. »Kosmetische Dogmatik« und »Grundlagendogmatik« .....	4
II. Die Ausgangslage .....	5
1. Materielles Recht und Prozeß. ....	5
a) Prozeß als Rechtsverwirklichung .....	6
b) Rechtskraft als Rechtsgrund .....	6
2. Das Urteil über wiederkehrende Leistungen als Urteil über die künftige Rechtslage .....	8
a) Die Problematik des § 258 ZPO im allgemeinen .....	8
b) § 323 ZPO zwischen Rechtskrafterweiterung und Rechtskraft- durchbrechung .....	9
c) Sachdiskussion unter erschwerten Bedingungen .....	12
III. Das Problem des rechtlichen Gehörs .....	13
1. Die Verurteilung zu wiederkehrenden Leistungen als partielles Abschneiden von Einwendungen .....	13
a) Das Recht auf Gehör .....	13
b) Verurteilung vor tatsächlicher Entstehung der Einwendung .....	15
c) Die Klage auf wiederkehrende Leistungen dient allein dem Kläger .	17
2. Gehördefizite im Rahmen der Abänderungsklage .....	18
a) Rückwirkungsverbot .....	18
b) Wesentlichkeitserfordernis .....	19
c) Perpetuierung anfänglicher Urteilsängel .....	20
IV. Vorblick auf die weitere Untersuchung .....	21

# 1. Abschnitt

## Das verdrängte Rechtskraftproblem im Anwendungsbereich des § 323 ZPO

§ 2: Abänderungsklage und Vollstreckungsgegenklage .....	25
I. Klagenkonkurrenz oder gegenseitiger Ausschluß .....	26
1. Freie Wahl des Schuldners .....	26
a) Praktische Konsequenzen .....	27
b) Die Lage beim Prozeßvergleich .....	29
2. Vorrangigkeit der Abänderungsklage .....	30
a) Grundlage dieser Auffassung .....	31
b) Schwierigkeiten im Detail .....	32
II. Die Abgrenzung beider Klagen im einzelnen .....	33
1. § 323 ZPO nur für Einwendungen, die ausschließlich gegenüber Urteilen auf wiederkehrende Leistungen möglich sind .....	34
a) Grundsatz .....	34
b) Ausnahmen .....	34
c) Ergebnis .....	36
2. § 323 ZPO als Rechtsbehelf zur Korrektur von Fehlprognosen .....	37
a) Ausgangspunkt .....	37
b) Prinzipielle Mängel .....	37
3. Abgrenzung nach der »rechtlichen Natur« der Einwendungen .....	39
4. Abgrenzung nach der »faktischen Natur« der Einwendungen .....	40
a) Präzisierung .....	40
b) Konsequenzen .....	41
III. Abschließende Betrachtung .....	41
§ 3: Abänderungsklage und Zusatzklage .....	43
I. Der Ausgangspunkt .....	43
1. § 323 ZPO als außerordentlicher Rechtsbehelf zur Durchbrechung der Rechtskraft .....	43
2. Keine Rechtskraft gegen den voll obsiegenden Kläger .....	44
II. Teilklage und Rechtskraft .....	45
1. Der Konsumtionsgedanke .....	46
a) Gemeines Recht .....	46
b) Die Rechtsprechung des preußischen Obertribunals .....	49
c) Der Konsumtionsgedanke in der Rechtsprechung des RG .....	50

2. Die Beschränkung der Rechtskraft auf den eingeklagten Betrag .....	51
a) Die Rechtsprechung des BGH .....	51
b) Entstehungszusammenhänge .....	52
III. Aufstieg und Fall der unterhaltsrechtlichen Zusatzklage .....	55
1. Hintergrund und Verlauf der Entwicklung .....	55
2. Kritische Einwendungen .....	58
a) Zufälligkeit des Ergebnisses .....	58
b) Notwendigkeit einer negativen Feststellungswiderklage .....	58
c) Notwendigkeit einer Zwischenfeststellungsklage .....	59
d) Zusatzklage und § 323 III ZPO .....	60
e) Einseitige Begünstigung des Gläubigers .....	60
3. Das Urteil des BGH vom 20. 12. 1960 .....	60
a) Begründung der Entscheidung .....	61
b) Verdecktes Fortleben des Konsumtionsgedankens .....	62
IV. Abänderungsklage mit Zusatzklagefunktion .....	63
1. Die neuere Rechtsprechung .....	63
a) Begünstigung des voll obsiegenden Gläubigers im Rahmen einer zulässigen Abänderungsklage .....	64
b) Konsequenzen für den Schuldner .....	65
2. Kritik .....	65
3. Ausblick .....	66
§ 4: Die Rechtslage in Österreich und der Schweiz .....	68
I. Österreich .....	68
1. Generelle Begrenzung der Rechtskraft .....	69
2. Partielle Ausdehnung der Urteilswirkungen .....	71
II. Schweiz .....	74
1. Die Abänderungsmöglichkeit als solche .....	75
a) Kindesunterhalt .....	75
b) Geschiedenenunterhalt .....	76
c) Verwandtenunterhalt .....	77
d) Schadensersatzrenten .....	78
2. Die Rückwirkungsproblematik .....	79
III. Ergebnis .....	81

## 2. Abschnitt

### Der Ausschluß rückwirkender Urteilsabänderung gem. § 323 III ZPO

§ 5: Das Rückwirkungsverbot in kritischer Betrachtung .....	84
I. Die Wirkungsweise des § 323 III ZPO .....	84
1. Wirkungsweise im allgemeinen .....	84
2. Für den Abänderungsberechtigten schlechthin unabwendbare Nachteile .....	86
3. Generelle Vernachlässigung der Interessen des Abänderungs- berechtigten .....	88
II. Typische Fallgestaltungen .....	89
1. Änderungen, die grundsätzlich beiden Parteien bekannt sind .....	90
a) Erscheinungsformen .....	90
b) Interessenlage .....	91
2. Änderungen, die nur der abänderungsberechtigten Partei selbst unmittelbar bekannt sind .....	92
a) Erscheinungsformen .....	92
b) Interessenlage .....	93
3. Änderungen, die allein dem Abänderungsgegner unmittelbar bekannt sind .....	94
a) Erscheinungsformen .....	94
b) Interessenlage .....	95
4. Änderungen, die beiden Parteien unbekannt sind .....	95
a) Erscheinungsformen .....	95
b) Interessenlage .....	96
§ 6: Entstehungsgeschichte des § 323 III ZPO .....	97
I. Die gemeinrechtliche Doktrin .....	97
1. Der Ausgangspunkt: keine Klage vor Fälligkeit .....	97
2. Die sogenannte Anerkennungsklage .....	99
II. Die Rechtslage in Preußen .....	103
1. Klage auf wiederkehrende Leistungen im allgemeinen .....	103
2. Ausschluß der Anspruchsänderung .....	104
3. Ausdrücklicher Änderungsvorbehalt .....	105
4. »Durchschnittsrenten« für Nichteheliche .....	106
5. Ergebnis .....	107
III. Andere partikuläre Rechte .....	107

IV. Das Reichshaftpflichtgesetz von 1871 .....	109
1. Der grundlegende Dissens der Gesetzesverfasser .....	109
a) Der Gesetzestext des § 7 II RHftpfliG .....	109
b) Die Diskussion über den Umfang der Rechtskraft .....	111
aa) Rechtskraft auch für die Zukunft .....	111
bb) Rechtskraft nur für die Vergangenheit .....	112
cc) Zusammenfassung .....	114
2. Die Geltendmachung nachträglicher Änderungen in der Rechtsprechung des ROHG und des RG .....	114
a) Der maßgebliche Zeitpunkt .....	115
aa) Der Ausschluß rückwirkender Geltendmachung im allgemeinen .....	115
aaa) Die Rechtsprechung des ROHG .....	115
bbb) Die Rechtsprechung des RG .....	118
bb) Der maßgebliche Zeitpunkt im einzelnen .....	120
b) Exkurs: Prognose und Präklusion .....	123
aa) Die Berücksichtigung künftiger Entwicklungen bei der Zuerkennung einer Rente .....	124
aaa) Rein hypothetische Kausalverläufe .....	124
bbb) Echte Prognosen .....	125
bb) Präklusion nachträglicher Änderungen wegen versäumter Prognose .....	126
aaa) Die Rechtsprechung des ROHG .....	126
bbb) Die Rechtsprechung des RG .....	127
cc) Präklusion späterer Änderungen bei unrichtiger Prognose? ....	129
3. Zusammenfassung .....	129
V. Das Gesetzgebungsverfahren zu § 323 ZPO .....	130
1. Die 1. Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines BGB .....	131
a) Die Vorlage des Redaktors Planck .....	131
b) Der Kommissionsentwurf von 1885/86 .....	133
2. Vom 1. BGB-Entwurf zur Novellierung der ZPO .....	134
3. Zusammenfassung .....	136
§ 7: Die dogmatischen Grenzen des Rückwirkungsverbots .....	137
I. Das Notventil der Praxis: Arglist contra Rechtskraft .....	137
1. Die Verletzung von Mitteilungspflichten .....	138
a) Das Ungenügen von Auskunftsrechten .....	138
b) Sanktionen für die Verletzung von Mitteilungspflichten .....	140
2. Rückwirkender Vollstreckungsschutz .....	144
3. Stellungnahme .....	146
II. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	148

1. Der Ausgangspunkt: unverschuldete Unmöglichkeit früherer Klageerhebung .....	148
2. Verspätete Abänderungsklage und § 233 ZPO .....	150
a) Wiedereinsetzung gegen die Versäumung einer »Nullfrist« .....	150
b) Mögliche Einwendungen .....	152
3. Grenzen der Wiedereinsetzungslösung .....	153
III. Objektive Begrenzung der in die Zukunft wirkenden Rechtskraft ...	154
1. Teleologische Reduktion des § 323 III ZPO .....	155
a) § 323 III ZPO dient primär nicht dem Vertrauensschutz .....	155
b) § 323 III ZPO als »Zweckmäßigkeitsvorschrift« .....	157
c) § 323 III ZPO ist auf stufenlos verlaufende Änderungen zu beschränken .....	158
2. Der Umfang der »Zukunftsrechtskraft« des Urteils auf wiederkehrende Leistungen .....	160
3. Exkurs: Der Vertrauensschutz des Abänderungsbeklagten .....	161
a) Die Schutzwürdigkeit des Abänderungsgegners im allgemeinen ...	161
b) Vertrauen auf »rechtskräftige Prognosen«? .....	163
c) Der Vertrauensschutz aufgrund materiellen Rechts .....	166
aa) Der Schutz des Gläubigers vor Rückforderungsansprüchen ...	166
bb) Der Schutz des Schuldners vor Nachforderungen .....	168
cc) Ergebnis .....	170
4. Verfassungskonforme Auslegung des § 323 III ZPO aus Gründen des rechtlichen Gehörs .....	170
a) Der bleibende Gehörverstoß .....	171
b) Erneute Reduktion des verbliebenen Anwendungsbereichs .....	171
IV. Ergebnis .....	172

### 3. Abschnitt

#### Die Korrektur der ursprünglichen Urteilsunrichtigkeit

§ 8: Das Problem und seine bisherige Behandlung .....	173
I. Die herrschende Meinung und ihre unmittelbaren Konsequenzen ...	173
1. Ausgangspunkt .....	173
2. Einzelne Auswirkungen .....	176
a) Perpetuierung und Potenzierung ursprünglicher Urteilsunrichtigkeit .....	176
aa) Die Bindung zum Nachteil des Gläubigers .....	176
bb) Die Bindung zum Nachteil des Schuldners .....	177
b) Perpetuierung unrichtiger Prognosen .....	179
aa) Die Problematik im allgemeinen .....	179

bb) Insbesondere: Nichtberücksichtigung der nächsten Altersstufe des Unterhaltsgläubigers .....	182
<b>II. Gegenstrategien und Ausnahmen .....</b>	<b>184</b>
1. Vergleich mit dem früheren Urteil statt mit der Realität .....	184
a) Der Standpunkt des ROHG .....	184
b) Die Grundlage der Gegenauffassung .....	186
c) Ein Zweifelsfall: das Versäumnisurteil .....	186
d) Korrektur unrichtiger Prognosen .....	188
2. Korrektur des früheren Urteils aus Billigkeitsgründen .....	190
a) Verdeckte Zusatzklage .....	190
b) Ermittlung des angemessenen Unterhalts .....	191
c) Verteidigung des Abänderungsbeklagten mit »Alttatsachen« .....	193
d) Vermeidung untragbarer Ergebnisse .....	196
3. Andere Strategien .....	198
a) Offene Neubeurteilung bei Unkenntnis des früheren Ausgangspunktes .....	198
b) »Wesensverschiedenheit« von ehelichem und nachehelichem Unterhalt .....	200
4. Ergebnis .....	201
<b>§ 9: Grund und Umfang der Korrektur unrichtiger Feststellungen .....</b>	<b>202</b>
<b>I. Die geringere »Intensität« der Rechtskraft von         »Vorausentscheidungen« .....</b>	<b>202</b>
1. Die Rechtskraft im »Normalfall« .....	202
a) Klagerecht und Fälligkeit .....	203
b) Einlassungszwang und Rechtskraft .....	203
2. Vorzeitiger Einlassungszwang und Rechtskraft .....	204
a) Die »Vorausklage« als Bevorzugung des Klägers und Benachteiligung des Beklagten .....	204
b) Rechtliche Haltbarkeit der Benachteiligung .....	207
aa) Keine Präklusion unterlassener Prognosen .....	207
bb) Der legitime Umfang der Bindung von Vorausentscheidungen ..	209
aaa) Der systematische Hintergrund des Problems .....	209
bbb) Das Problem der Zeit .....	210
ccc) Die Schutzwürdigkeit der ursprünglichen Feststellung ...	212
3. Ergebnis .....	214
<b>II. Die Korrektur »ursprünglicher« Urteilsängel im Hinblick         auf Höhe und Dauer des Anspruchs .....</b>	<b>214</b>
1. Vorbemerkungen .....	214
a) Die genaue Fragestellung .....	214
b) Urteilskorrektur zugunsten beider Parteien .....	215

2. Urteilsabänderung wegen Änderung der rechtlichen Verhältnisse . . . . .	215
a) Grundsätzliches . . . . .	215
b) Gesetzesänderungen . . . . .	217
c) Änderungen der Rechtsprechung . . . . .	218
aa) Das Problem im Spiegel der h.M. . . . .	219
bb) Rechtsprechungsänderung als Änderung der maßgeblichen Verhältnisse . . . . .	220
d) Der Zeitpunkt der Urteilsabänderung . . . . .	223
3. Anderssein als Änderung . . . . .	224
a) Die für die Verurteilung »maßgebenden« Verhältnisse . . . . .	224
aa) Einseitige Ausrichtung am richtigen Urteil . . . . .	224
bb) Mangelnde Praktikabilität der h.M. . . . .	225
cc) Der im Gesetz enthaltene Widerspruch und seine Auflösung . . . . .	226
b) Mangelnde Erkennbarkeit der tatsächlichen Urteilsgrundlagen . . . . .	229
aa) Maßgebend sind die vermutlichen Annahmen des Gerichts . . . . .	229
bb) Der Gesichtspunkt des rechtlichen Gehörs . . . . .	230
c) Die Bedeutung des § 323 II ZPO . . . . .	230
aa) Verfassungswidrigkeit der Vorschrift . . . . .	230
bb) Verfassungskonforme Auslegung . . . . .	232
d) Konsequenzen für die Geltendmachung einer anderen rechtlichen Beurteilung . . . . .	234
4. Urteilkorrektur im Rahmen einer zulässigen Abänderungsklage . . . . .	236
a) Gegenwärtige Tendenzen . . . . .	236
b) Stellungnahme . . . . .	238
III. Mängel bei der Feststellung des »Grundverhältnisses« . . . . .	239
1. Keine Korrektur des »Grundverhältnisses« gem. § 323 ZPO . . . . .	239
2. Feststellung des »Grundverhältnisses« und »Ergebnisfehlerrestitution« . . . . .	241
IV. Ergebnis . . . . .	242

#### 4. Abschnitt

#### Das Erfordernis der »wesentlichen« Änderung der Verhältnisse

§ 10 . . . . .	245
I. Die Auslegung des Wesentlichkeitserfordernisses in der Praxis . . . . .	245
1. Das Wesentlichkeitserfordernis als prozessuale »Schranke« . . . . .	245
2. Die Durchführung des »Schranken«-Modells im einzelnen . . . . .	247
a) Mögliche Auslegungsmuster . . . . .	247
b) Anwendung dieser Auslegungsmuster in der Praxis . . . . .	248
aa) Prozentuale Mindestquoten . . . . .	249
bb) Absolute Mindestbeträge . . . . .	250



cc) Nachhaltigkeit der Änderung .....	250
c) Immanente Mängel der Auslegungsmuster .....	252
3. Vermeidungsstrategien .....	253
a) Vorwegberücksichtigung voraussichtlicher Änderungen .....	254
b) Zusatzklage .....	254
c) Feststellungsurteil zwecks Ermöglichung einer selbständigen Erhöhungsklage .....	254
d) Vorwegberücksichtigung »unwesentlicher« Änderungen aufgrund begrenzten Realsplittings .....	255
e) Nachträgliche Berücksichtigung von Kindergeld .....	256
4. Ergebnis .....	258

## II. Das Wesentlichkeitserfordernis als Merkmal

des materiellen Anspruchs .....	258
1. Zur Vorgeschichte der herrschenden Meinung .....	258
a) Erste Erwähnungen des Wesentlichkeitserfordernisses .....	259
b) Das Aufkommen der rechtsverkürzenden Auslegung .....	260
c) Ansätze einer Begründung .....	262
2. Der Anspruch auf wiederkehrende Leistungen und seine Feststellung ..	263
a) Besonderheiten des Unterhaltsanspruchs .....	264
aa) Die Schwankungen der Unterhaltsvoraussetzungen als solche ..	265
bb) Der Unterhalt als Durchschnittsrente .....	266
b) Folgen für die Abänderungsklage .....	267
3. Besonderheiten der Schadensersatzrenten .....	268
a) Die Hinterbliebenenrente .....	268
b) Die Verletztenrente .....	268

## III. Praktische Konsequenzen .....

1. Die Auslegung des § 323 I ZPO im einzelnen .....	269
a) Unterhaltsrenten .....	269
b) Schadensersatzrenten .....	271
2. Mehrbelastung der Gerichte .....	271
3. Das Wesentlichkeitserfordernis in der neueren Gesetzgebung .....	272
a) Die gesetzliche Regelung .....	273
b) Stellungnahme .....	274

## § 11: Schluß: die richtige Lesart des § 323 Abs. 1 – 3 ZPO .....

Literaturverzeichnis .....	276
Personen- und Sachregister .....	285